

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche
Ordnung und Bevölkerungsschutz
am Dienstag, den 28.05.2024, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:50 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums (BSZ)	069/2024 5 – 8
3.	Vorstellung des Erfahrungsberichtes Rettungswesen 2023	070/2024 9 – 10
4.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zwischen dem Kreis Warendorf und der Gemeinde Beelen bzgl. der Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten	071/2024 11
5.	Änderung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf	072/2024 12
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Bestellung Kreisbrandmeister	068/2024
2.	Anmietung einer Logistikhalle bei der Firma Niehoff Sitzmöbel GmbH in Warendorf – Freckenhorst	079/2024

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Blömker, Franz-Ludwig	
Dufhues, Hannelore	
Gerwing, Theresia	
Kühnel, Andreas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Maschelski-Werning, Sophia	
Poppenberg, Bernhard	
Rosenbaum, Ulf	
Starke, Dennis	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
von Ketteler, Friedrich-Carl	
stellv. Ausschussmitglieder	
Claßen, Anne	
Geiger, Andrea	ab 09.48 Uhr
Möllmann, Rolf	bis 09.48 Uhr
Schmedding, Josef	
Dr. Schöler, Hans-Günter	bis 10.37 Uhr, ohne Stimmberechtigung
Stelthove, Karl	
von der Verwaltung	
Altenseuer, Udo	
Borgstedt, Hendrik	
Holtstiege, Ralf	
Schreier, Petra	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Dinter, Dennis
Kaup, Winfried
Koch, Karsten
Marx, Burkhard
Mindermann, Ursula
Schulte, Stephan
Werner, Olaf Martin

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz sowie die Vertreter der Presse.

Da für Herrn Dr. Schöler als Vertreter der FDP keine Bestätigung als stellvertretendes Mitglied durch den Kreistag vorliegt, ist eine Teilnahme nur beratend ohne Stimmberechtigung und ausschließlich im öffentlichen Teil möglich.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2.	Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums (BSZ)
-----------	---

069/2024

Frau Maschelski-Werning weist auf den gestern eingegangenen Antrag der FWG-Kreistagsfraktion hin. Zwischenzeitlich wurde seitens der Verwaltung ein geänderter Beschlussvorschlag erarbeitet, der den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet wurde.

Herr Holtstiege berichtet von den Krisen in den vergangenen Jahren, die zu Handlungsbedarf im Bereich Katastrophen- und Bevölkerungsschutz geführt haben. Maßnahmen wie beispielsweise die Erneuerung der Leitstelle, der Umbau des Krisenstabsraumes im ehemaligen kleinen Ausschussszimmer oder die Beschaffung eines Info-Anhängers für die Aufklärungskampagne in Sachen Eigenvorsorge der Bevölkerung wurden bereits umgesetzt.

In der Sitzung des Kreistages am 17.12.2021 wurde der Verwaltung der Auftrag erteilt, sich Gedanken über die zukünftig erforderliche räumliche Ausstattung zur weiteren Optimierung des Bevölkerungsschutzes zu machen. Zuletzt erfolgte ein Bericht hierzu in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz am 28.02.2023. Sämtliche Überlegungen wurden mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Leitern der Feuerwehren, dem Kreisverbindungskommando, den Hilfsorganisationen, der Bezirksregierung Münster (Dezernat 22 Gefahrenabwehr) sowie dem Ältestenrat abgestimmt. Offene Fragen hierzu wurden geklärt.

Frau Schreier verweist auf die hohe Bedeutung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die bisher eng und kooperativ stattfand und aufgrund der derzeitigen sicherheitspolitischen Neuausrichtung zukünftig noch intensiviert werden wird. Aus diesem Grund ist eine Beratung mit der Bundeswehr erfolgt, die die Baumaßnahme ausdrücklich begrüßt. Frau Schreier zitiert aus einem Schreiben des Landeskommandos NRW: „Deutschland und die Bundeswehr müssen sich darauf einstellen, auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und auch Krieg zu reagieren. Vor diesem Hintergrund liegt der Neubau „Zentrum für Bevölkerungsschutz“ (insbesondere die Errichtung einer Multifunktionshalle mit geeigneten Räumlichkeiten und Flächen zur Sondernutzung) im Kreis Warendorf genau auf dieser Linie und ist sehr zu begrüßen. Hierdurch wird einerseits die Steigerung der Resilienz sichtbar und zum anderen der Schutz der Bürgerinnen und Bürger deutlich erhöht.“ Der Bevölkerungsschutz kann demnach nur als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden und funktionieren.

Frau Schreier geht weiterhin auf die diversen Nutzungsmöglichkeiten der Multifunktionshalle beispielsweise bei Hochwasserlagen und sich daraus ergebenden Evakuierungslagen, bei Flüchtlingssituationen oder Bedrohungslagen ein, die den zügigen Umsetzungsbedarf der Baumaßnahme deutlich machen. Frau Schreier wünscht sich politische Geschlossenheit bei dieser wichtigen Baumaßnahme und sagt eine enge Beteiligung und Einbindung der Politik und einen transparenten Prozess zu.

Herr Borgstedt stellt das komplexe Bauvorhaben anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor. Er berichtet von Workshops, die im Vorfeld stattgefunden haben, um die Fachschiene einzubinden. Geplant ist eine vielfältige Nutzung. Der Standort auf dem

kreiseigenen Grundstück in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Kreishaus erweist sich hinsichtlich der kurzen Wege und der vorhandenen Infrastruktur als äußerst günstig, hinzu kommt der vorhandene Bebauungsplan, der die Planungen erleichtert und beschleunigt. Eine erste Kostenschätzung liegt bei rund 14 Mio. Euro brutto.

In der nächsten Phase sind im Rahmen von EU-Vergabeverfahren die Objekt- und Fachplaner-Leistungen auszuschreiben. Die Ausschreibungen werden sich voraussichtlich bis zum Ende des Jahres erstrecken. Im Anschluss soll unter Beteiligung der Politik die Auswahl des Objektplaners erfolgen. Sofern es nicht zu Verzögerungen kommt, ist eine Fertigstellung des Bauvorhabens bis Ende 2028 darstellbar.

Gleichzeitig zur Planung der Multifunktionshalle hat sich die Möglichkeit ergeben, eine bestehende Logistikhalle in Freckenhorst anzumieten, die den Anforderungen des Kreises Warendorf entspricht.

Die im dritten Bauabschnitt vorgesehene Fahrzeughalle zur Unterbringung der Fahrzeuge der Fernmeldeeinheit wurde mit der Priorität 3 eingestuft. Da die Unterbringung derzeit zentral bei der AWG in Ennigerloh gewährleistet ist, sollen die Planungen zunächst nicht weiter vorangetrieben werden.

Frau Maschelski-Werning dankt für die ausführliche Vorstellung.

Herr Poppenberg bestätigt auf Nachfrage, dass die FWG mit dem geänderten Beschlussvorschlag einverstanden ist und dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung. Er zieht den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zurück.

Herr Thiel dankt für die Vorstellung und fragt nach der beabsichtigten Einbindung der politischen Gremien. Frau Schreier betont, dass das Projekt transparent umgesetzt werden soll. Wie vereinbart wird der Ältestenrat mit eingebunden, bei Fortschritten im Verfahren auch der OBVs und der Bauausschuss als zuständige Fachausschüsse.

Herr Thiel fragt weiterhin nach der Einbindung eines Projektsteuerers oder Objektplaners. Herr Borgstedt führt hierzu aus, dass die Firma KPLAN AG die Begleitung der Workshops und die Erstellung der Machbarkeitsstudie übernommen hat. Aufgrund der EU-Vorgaben ist auch die Leistung des Objektplaners auszuschreiben, der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten. Ob ein Projektsteuerer hinzugezogen werden soll, ist noch nicht entschieden.

Herr Blömker dankt ebenfalls für den Vortrag. Im Kern erkennt man die Einigkeit in der Sache. Er begrüßt es ausdrücklich, dass mit Augenmaß an die Aufgabe herangegangen wird und eine fachgerechte Umsetzung gewährleistet ist. Er bringt seinen Wunsch zum Ausdruck, die Baukosten im Rahmen des Projektes möglichst einzuhalten und die politischen Gremien eng einzubeziehen.

Herr Luster-Haggeney begrüßt die geplante Multifunktionalität der Halle. Die Bauabschnitte 2 und 3 müssen aus seiner Sicht auch in Zukunft auf dem Grundstück darstellbar sein, auch wenn diese derzeit nicht erforderlich sind. Er weist darüber hinaus darauf hin, dass das energetische Konzept schlüssig sein muss, um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Herr Kühnel zeigt sich irritiert von Herrn Thiels Forderung nach der engen Einbindung der Fachausschüsse, da die Forderung zur Beratung innerhalb des Ältestenrates auf einen Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen zurückgeht.

Herr Poppenberg fragt nach Gründen für die Ausschreibung der Projektplanungsleistung, zumal sich mit der Firma KPLAN AG bereits ein Unternehmen mit dem Projekt beschäftigt hat. Herr Borgstedt verweist hier auf die rechtlichen Rahmenbedingungen. Mit der Firma KPLAN AG hat ein fachkundiges Unternehmen die ersten Planungen begleitet. Eine Beteiligung an dem EU-Vergabeverfahren ist daher denkbar.

Frau Gerwing dankt für die Ausführungen. Sie hält die räumliche Nähe zum Kreishaus ebenfalls für vorteilhaft und begrüßt ausdrücklich die Einbindung der Feuerwehren und Hilfsorganisationen als zukünftige Nutzer.

Herr Möllmann begrüßt die Planungen und die dargestellten weiteren Schritte. Er hebt ausdrücklich das Engagement des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement bei diesem, aber auch bei anderen Projekten hervor.

Frau Maschelski-Werning erklärt, dass über die Beteiligung des Ältestenrates auch eine enge Einbindung der Fachausschüsse sichergestellt wird.

Weiterhin fragt sie nach der Möglichkeit zur Durchführung der Aus- und Fortbildung der Feuerwehren als Pflichtaufgabe nach dem BHKG. Frau Schreier erklärt hierzu, dass das Thema mit den Leitern der Feuerwehren ausführlich im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung erörtert wurde. Die Ausbildung findet derzeit auf dem Gelände der Firma Dyckerhoff in Neubeckum statt. Eine Verlagerung nach Warendorf wird durch die Leiter der Feuerwehren nicht gewünscht. Sofern sich eine Änderung der Verfügbarkeit des Geländes in Neubeckum abzeichnet, sollen gemeinsame Überlegungen mit den Leitern der Feuerwehren angestellt werden. Eine Anbindung an die Multifunktionshalle ist zudem aus Gründen der naheliegenden Wohnbebauung nicht darstellbar.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Planung und Realisierung der baulichen Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums beauftragt.

Die Planungsleistungen werden zunächst bis einschließlich der Leistungsphase 3 vergeben.

Die politischen Gremien werden, wie in den Vorberatungen vereinbart und in den Erläuterungen ausgeführt, engmaschig einbezogen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	16
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

3. Vorstellung des Erfahrungsberichtes Rettungswesen 2023	070/2024
--	-----------------

Frau Schreier stellt den Erfahrungsbericht Rettungswesen 2023 anhand einer Präsentation (Anlage 2) vor.

Die Einsatzzahlen waren erstmals seit vielen Jahren wieder rückläufig, befinden sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau.

Als Gründe für den Rückgang ist eine neue Organisation des ärztlichen Bereitschaftsdienstes unter der Nummer 116 117 denkbar, aber auch eine leichte Bewusstseinsveränderung innerhalb der Bevölkerung durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung. Zudem sind deutlich weniger Notarzt-Einsätze zu verzeichnen, da vermehrt Maßnahmen durch Notfallsanitäter möglich sind.

Die Anzahl der Krankentransporte ist ebenfalls rückläufig. Hier hat es in der Vergangenheit Probleme der Privatunternehmen zur Kostenübernahme durch die Krankenkassen gegeben. Die Probleme wurden zwischenzeitlich größtenteils ausgeräumt, so dass wieder verstärkt Mietwagenunternehmen im Bereich des sogenannten nicht-qualifizierten Krankentransports tätig sind.

Der Zielerreichungsgrad konnte im vergangenen Jahr von 87,88 auf 89,58 % verbessert werden.

Frau Schreier weist auf die derzeit laufende Folgeuntersuchung im Rettungsdienst zur Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes hin. Hierbei soll auch die Standort-Struktur untersucht werden. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, in Everswinkel zukünftig zumindest einen Tages-RTW vorhalten zu können. Die Untersuchung gestaltet sich derzeit schwierig, da aufgrund der Schwankungen in den Einsatzzahlen kaum verlässliche Aussagen getroffen werden können. Zudem steht die angekündigte Novellierung des Rettungsgesetzes noch aus. Ein Zeitplan für das weitere Verfahren ist derzeit schlecht abschätzbar, voraussichtlich kann der Stellenplan für den Rettungsdienst aber nicht im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen behandelt werden. Gegebenenfalls ist hier ein Nachtrag erforderlich.

Weiterhin weist Frau Schreier auf die Projekte zur mobilen Datenerfassung, zum Reanimationsregister und zum Telenotarzt hin. Die mobile Datenerfassung befindet sich zwischenzeitlich im Echtbetrieb und bietet gute Möglichkeiten, die Patientendaten bereits auf dem Weg zum Krankenhaus zu übermitteln.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen und hebt die sinnvollen Möglichkeiten der Digitalisierung hervor.

Herr Blömker dankt für die Ausführungen und die Tätigkeiten im Rettungsdienst. Insbesondere die Tatsache, dass neue Entwicklungen beim Kreis Warendorf vorangetrieben werden, trägt mittlerweile Früchte. Für die bevorstehenden Gespräche mit den Krankenkassen wünscht er viel Erfolg, insbesondere hinsichtlich der wünschenswerten Verbesserung im Bereich Everswinkel.

Herr Blömker verweist auf die hohe Zahl der Krankentransporte durch Rettungswagen. Hier müsste die Untersuchung abgewartet werden, um die Ressource RTW zu schonen. Frau Schreier erklärt hierzu, dass die Zahl der im Kreis Warendorf vorgehaltenen RTW dafür ausgelegt ist, auch Krankentransporte abzuwickeln.

Herr Blömker fragt weiterhin nach der Einbindung der First-Responder-Gruppen. Frau Schreier verweist auf die Gespräche mit den First-Responder-Einheiten mit dem Ziel, durch eine angepasste Disposition die ehrenamtliche Ressource zu schonen. Die Zahlen haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass sich das gute Miteinander mittlerweile eingespielt hat.

Herr Thiel erklärt, dass er die Einsatzzahlen der Kommunen auf die Einwohner umgerechnet hat und fragt nach einer Erklärung für die teilweise erheblichen Abweichungen. Herr Holtstiege berichtet, dass die Abweichungen bekannt sind, sich die Gründe aber nicht ermitteln lassen. Unter anderem die Altersstruktur im jeweiligen Ort kann Auswirkungen auf die Einsatzhäufigkeit haben.

Herr Poppenberg fragt nach der derzeitigen rettungsdienstlichen Versorgung in Everswinkel. Herr Holtstiege erklärt, dass vorrangig die Rettungswachen Telgte und Sendenhorst, aber auch Warendorf für die Versorgung zuständig sind. Aufgrund der Nächsten-Fahrzeug-Strategie wird durch die Leitstelle das jeweils nächststehende Rettungsmittel eingesetzt.

Herr Kühnel hebt hervor, dass man im Kreis Warendorf gut aufgehoben ist und die Bedienung bei der Wahl der Notrufnummer adäquat erfolgt. Die Problemfelder wurden klar benannt und werden bearbeitet, was auch positiv sei. Herr Holtstiege erklärt hierzu, dass die geographische Lage des Kreises Warendorf zum hohen Sicherheitsniveau beiträgt.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zwischen dem Kreis Warendorf und der Gemeinde Beelen bzgl. der Aus- händigung von ausländerrechtlichen Dokumenten	071/2024
----	---	-----------------

Herr Holtstiege erklärt, dass auch mit der Gemeinde Beelen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen werden soll, wie es in den vergangenen Jahren bereits mit anderen Kommunen erfolgt ist.

Herr Dr. Schöler hinterfragt den organisatorischen Aufwand. Herr Holtstiege erläutert hierzu die rechtlichen Vorgaben, durch die entsprechende Vereinbarungen erforderlich sind.

Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Gemeinde Beelen wird zugestimmt.

Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	16
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

5. Änderung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf 072/2024

Herr Holtstiege berichtet, dass es überwiegender Wunsch der Unternehmen und des Verbandes ist, die Tarife moderat anzupassen. Eine münsterlandweite Abstimmung ist im Vorfeld erfolgt.

Herr Thiel fragt nach der Überwachung der Einhaltung des Mindestlohngesetzes. Frau Maschelski-Werning erklärt hierzu, dass diese Aufgabe beim Zoll liegt.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen den Taxentarif ab dem 01.10.2024 wie folgt festzusetzen:

Änderung zum	01.10.2024
Grundpreis Tag:	4,30 €
Grundpreis Nacht (So/Ft):	4,80 €
Normaltarif je km:	2,60 €
Nachttarif (So/Ft) je km:	2,70 €
Großraumtaxenzuschlag:	
Grundpreis Tag:	10,00 €
Grundpreis Nacht (So/Ft):	10,50 €
Anfahrt Normaltarif je km:	1,30 €
Anfahrt Nacht (So/Ft) je km:	1,30 €
Wartezeitgebühr je Stunde:	40,00 €
Wartezeitgebühr Nacht (So/Ft):	42,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	16
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

Frau Maschelski-Werning dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 10.50 Uhr. Sie weist abschließend darauf hin, dass die nächste Sitzung des OBvs am 27.08.2024 in der Feuer- und Rettungswache der Stadt Ahlen stattfindet. Hier ist eine Besichtigung der Kreiseinrichtungen im Bereich Atemschutz und Schlauchpflege vorgesehen.



Sophia Maschelski-Werning
Vorsitzende



Ltd. KRd Petra Schreier
Schriftführerin